

# ADF *Wadenbeißer*

Nr. 50 - 15.12.2003

EINE PUBLIKATION DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DEMOKRATISCHER FACHSCHAFTSMITGLIEDER (ADF)

## Editorial

Hallo, liebe Leser!

Ihr haltet nun die 50. Ausgabe des Wadenbeißers in den Händen. Schon fast bedauerlich, dass wir einen Großteil unseres Blattes den Einsparungen an unserer Uni widmen müssen. Aber der Landtag hat den Haushalt 2004 verabschiedet und damit die Mittelzuweisungen an unsere Universität um 12 Millionen Euro reduziert. Überdies berichten wir über den Sachstand zur Studi-Card, die im kommenden Semester eingeführt werden soll. Auch das Thema Studiengebühren soll aus aktuellem Anlass nicht unbehandelt bleiben.

Ralf Mayrhofer

AUS DEM INHALT

### Chipkarte kommt 2004

Uni führt neuen Studenausweis zum nächsten Semester ein.

Seite 5

### 500 Euro pro Semester?

Bundesverfassungsrichter entscheiden über Studiengebühren-Verbot

Seite 6

# JETZT WIRD GESPART!

## DER LANDTAG HAT DIE KÜRZUNGEN AN DEN HOCHSCHULEN DURCHGEWUNKEN

von Andreas Lompe

Mit dem Haushalt 2004 stehen den niedersächsischen Hochschulen 40,6 Millionen Euro weniger an Zuweisungen zur Verfügung. Diesen Beschluss fasste der niedersächsische Landtag am vergangenen Freitag (12. Dezember). Bereits am Mittwoch hatte der Senat unserer Universität beraten, wie die vorgegebene Einsparsumme aufgebracht werden kann. Entsprechend der Vorschläge aus den Fakultäten wurde beschlossen, dass in die Studienfächer Medien- und Kommunikationswissenschaften, Sinologie, Japanologie und Nordamerikastudien keine Studierenden mehr aufgenommen werden. Diese Studienfächer werden in den kommenden Jahren abgeschafft (weitere Folgen siehe Kasten S. 4).

War der Protest also umsonst? Wenn man sieht, dass sich an der Kürzungssumme, die für Göttingen im Haushalt steht, nichts geändert hat, könnte man das meinen. Aber hinter den Kulissen hat sich doch etwas bewegt. Die ursprünglich geplanten zusätzlichen Kürzungen in 2005 und 2006 stehen inzwischen wieder zur Disposition. Und auch für das Jahr 2004 deutet sich eine

an der Universität Göttingen an. Feste Zusagen gibt es nicht, aber offenbar ist das Ministerium gewillt, aus dem Topf des „Niedersächsischen Vorab“ die Universität bei der Erfüllung von Berufungsverpflichtungen zu unterstützen. Äußerungen auf der gemeinsamen Sitzung von Senat, Stadtrat und Kreistag sowie des Wissenschaftsministers untermauern dies.

### Protest war nicht umsonst

Die Beteiligung an den Protesten gegen die im „Hoch-

schuloptimierungskonzept“ vorgesehenen Kürzungen hat die optimistischsten Erwartungen übertroffen. Schließlich handelt es sich um die dritte Kürzungswelle seit 1995 in Niedersachsen. Und bei den vorangegangenen Kürzungsrunden war der Protest sehr dürftig. Auch die Einführung von Langzeitstudiengebühren Ende 2001 erregte keinen größeren Protest. Zur landesweiten Demonstration gegen die Einführung von Langzeitstudiengebühren im Jahr 2001 fuhr gerade einmal

ein Bus aus Göttingen nach Hannover. Alleine knapp 3.000 Göttinger Studierende fuhren hingegen am 12. November mit drei voll besetzten Zügen in die Landeshauptstadt, um gegen die weiteren Verschlechterungen der Studienbedingungen durch die Kürzungen zu demonstrieren. Eine Woche zuvor waren sogar 8.000 Menschen in einem Protestzug durch Göttingen gezogen. Die – im Vergleich zu anderen Universitäten – große Mobilisierung der Göttinger

Forts. auf der nächsten Seite



22.000 Menschen – darunter 3.500 aus Göttingen – trugen am 12. November in der Landeshauptstadt ihren Protest auf die Straße.

Studierenden zeigt, dass die Strategie, sich auf die Kürzungen im Hochschulbereich zu beschränken, richtig war. Wer – wie das „Bündnis gegen Bildungsklau“ – jedes berechnete Anliegen mit Protest gegen „Sozialkahl-schlag“, Agenda 2010 und das kapitalistische System überhaupt vermischt, wird eben weder von den Studierenden noch von einer breiten Öffentlichkeit ernst genommen.

Mit Beginn des Aktionsstreiks kamen zu den vom AstA organisierten, großen Aktionen viele kleine Aktionen von Fachschaften aber auch Gruppen, die sich spontan bildeten, hinzu. Ein bunter Protest, der auch bei vielen Göttinger Bürgern Sympathien für das Anliegen der Studierenden brachte. Für den „Aktionsstreik“, der auf die Unterstützung durch die Studierenden setzte und Aussperrungen ausschloss, hatten sich der AstA und das von linken Gruppen dominierte „Bündnis gegen Bildungsklau“ im Vorfeld verständigt. Ziel der Zusammenarbeit war es, die Einigkeit im Protest gegen die Kürzungen an der Hochschulbildung zu erhalten.

Gespalten wurde die breite Protestbewegung am Morgen

des 8. Dezember. Eine kleine Gruppe besetzte ZHG, Oeconomicum, Theologicum, Juridicum und Verfügungsgebäude. Damit verabschiedete sich ein Teil des Bündnisses von der Absprache, dass am Montag ab 14 Uhr und am Dienstag die Masse der Vorlesungen auf freiwilliger Basis ausfallen sollte. Der Beschluss durch die Vollversammlung am 4. Dezember, auf die sich die Besetzer zu berufen versuchen, existiert nicht. Auf der Versammlung wurde lediglich der „Aktionsstreik“ per Abstimmung verlängert. Richtig ist, dass einige Redner die Radikalisierung der Proteste herbeizureden versuchten, worauf sich wohl folgender Satz in einem Rechtfertigungsflugblatt bezieht: „wenn eine Vollversammlung eine Strategie positiv diskutiert, dann ist deren Durchsetzung natürlich demokratisch legitimiert“.

### Studierende mit Gewalt aus Gebäuden ferngehalten

An den Eingängen standen an jenem Morgen jeweils zwei bis fünf Personen, die jeden, der hinein wollte, abwiesen; auch Studierende, die mitten im Examen waren oder Hausarbeiten schreiben mussten. Studierenden



Besetzt: Am 8. Dezember spaltete die Blockade die Studierenden



Wir wollen da rein: Heftige Diskussion über die Aussperrung

und Dozenten, die sich über die Blockade beschwerten und Einlass verlangten, wurden angepöbeln und beschimpft, einigen wurde mit Gewalt gedroht.

Der Versuch von ca. 200 Studierenden, über die Fluchttreppen an der Hörsaalrückseite ins ZHG hineinzugelangen, scheiterte. An den Türen oben im

Hörsaal wartete eine Handvoll straßenkämpferprobter Besetzer, die die Studierenden durch die Androhung von Schlägen nötigten, den Rückzug anzutreten.

Draußen entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über die Aussperrung. Die Besetzer, die teilweise aus Kassel angeeist waren, versuchten den Studie-



### Der AstA-Vorsitzende Daniel Flore (ADF) nimmt Stellung zur polizeilichen Beendigung der Besetzung des Oeconomicums am Montag, dem 08.12.:

„Ja, es ist richtig, dass ich Kenntnis von einer möglichen polizeilichen Räumung des Oeconomicums hatte. Es ist auch richtig, dass ich selbst diese angesichts der Situation am Morgen des 08.12. (Montag) als ultima ratio für gerechtfertigt gehalten habe. Warum werde ich gleich begründen.“

Aber zunächst zur Vorgeschichte: Die Vollversammlung (VV) am 04.12., die auch vom AstA getragen wurde, hat die Fortsetzung des Aktionsstreiks beschlossen, keinesfalls jedoch eine Radikalisierung in Form gewaltsamer Aussperrungen und Verbarrikadierungen. Ich habe in meiner Rede auf dieser VV ausdrücklich darauf hingewiesen, dass am Montagnachmittag und am Dienstag *im Einvernehmen mit den Dozenten und Studierenden* möglichst viele Veranstaltungen ausfallen sollen. Dem ist nicht widersprochen worden. Dass dann am Montag viele Studierende, Dozenten und Mitarbeiter – zum Teil gewaltsam und mit Beleidigungen – von einer kleinen Gruppe ausgesperrt wurden, entsprach nicht der verabschiedeten Resolution und wurde von den meisten Studierenden auch keineswegs mitgetragen. Zum Thema Legitimation nur kurz noch ein weiteres Beispiel: Die Vollversammlung der Juristen hat mit großer Mehrheit den Aktionsstreik unterstützt, sich jedoch eindeutig gegen Aussperrungen ausgesprochen. Warum setzt sich nun eine Minderheit über das Votum einer Fachschaft hinweg und will dieser ihren Willen aufzwingen, indem sie das Juridicum besetzt und selbst Examenskandidaten, die kurz vor Abgabe ihrer Hausarbeit stehen, nicht hereinlässt? – Auch in anderen Städten gab es Besetzungen. Aber dort wurden einzelne Büros (wie z.B. das des Uni-Präsidenten) besetzt, nicht aber ganze Universitätsgebäude, die von den vielen Kommilitonen genutzt werden. Eine Blockade, die sich auch gegen die eigenen Studierenden richtete, gab es nur in Göttingen!

Am Morgen des 08.12. war die Situation die, dass eine kleine, bewusst auf Radikalisierung der Proteste bedachte Gruppe, teils gewaltsam und pöbelnd, eine *unbefristet* angedachte Totalblockade startete. Nicht wenige der Blockierer waren entweder keine Studierenden und/oder aber extra Zugereiste. Wozu diese ‚Unterstützer‘, wenn die Aktion doch angeblich von so vielen Göttinger Studierenden getragen war?

In einer Unterredung mit der Uni-Leitung am späten Vormittag ist dann festgehalten worden, dass zunächst versucht werden soll, den Konflikt friedlich zu lösen. Hierzu ist der Präsident zweimal zum Oec gegangen. Dabei wurde er tätlich angegriffen, ausgebuht und mit der Begründung, dass es nichts zu verhandeln gebe, abgewiesen. Soviel zur Kompromissbereitschaft der Besetzer!

Auch ich war alles andere als glücklich über die Räumung und hätte mir eine andere Lösung gewünscht. Doch bleibt festzuhalten, dass die Spaltung der Studierenden durch diejenigen zu verantworten ist, die hier angefangen haben, ihr eigenes Süppchen mit radikalem Beigeschmack zu kochen. Ursache und Wirkung dürfen nicht vertauscht werden!“

renden zu erklären, dass sie das doch alles nur für sie machen würden. Bei den allermeisten Studierenden stießen sie damit auf Unverständnis und Ablehnung – kein Wunder, denn es war zu offensichtlich, dass sich diese Eskalation des Protests gegen die Mehrheit der Studierenden richtete.

Die Besetzung war falsch, weil sie die Studierendenschaft gespalten hat und für nicht wenige das Thema Protest gegen die Kürzungen erledigt war. Nicht nur der AStA, sondern auch eine Mehrheit des Bündnisses sieht dies so. Da die Besetzung unbefristet angelegt war und auch die Mitarbeiter gehindert wurden, an ihren Arbeitsplatz zu gelangen, sah sich das Präsidium zum Handeln gezwungen. Der AStA-Vorsitzende wurde vorab von den Plänen, die Gebäude für den Fall, dass es keine andere Lösung geben sollte, durch die Polizei räumen zu lassen, informiert und hat dieses Vorgehen mitgetragen. Dass das Präsidium am Montag auf eine schnelle Entscheidung drängte, hängt sicherlich damit zusammen, dass man sich bei der Besetzung des AStA-Gebäudes im April dieses Jahres zu viel Zeit gelassen hatte, bevor geräumt wurde. Die Besetzer hatten damals Zeit, das Gebäude professionell zu verbarrikadieren, indem sie Schränke gegen Türen und Gitter vor die Fenster schraubten. Dies wollte man mit der schnellen Räumung offensichtlich verhindern.

Präsident Prof. Dr. Horst Kern ging zweimal zum Oeconomicum und stellte den Besetzern ein Ultimatum, die Gebäude freizugeben, oder sie würden geräumt. Die Besetzer teilten mit, dass es nichts zu verhandeln gebe. Nachdem gegen 15:30 Uhr Polizei auf dem Campus auftauchte und erkennbar wurde, dass das Oeconomicum als erstes geräumt werden sollte, verließen die Besetzer die Barrikaden vor ZHG, Juridicum, Verfügungsgebäude und Theologicum und zogen sich ins Oeconomicum zurück. Da sich im Oeconomicum mehr Personen befanden, als von der Polizei erwartet, konnte der harte Kern von etwa 60 Besetzern, die den Aufforderungen, das Gebäude zu

Kommentar



**Der studentische Senator und ADF-Vorsitzende Ralf Mayrhofer zu den Protestaktionen und den Wirkungen der Besetzung:**

„Die Besetzung der Uni-Gebäude rund um den Campus am Morgen des 08.12. war nicht nur eine Spaltung quer durch die Studierendenschaft, auch viele Mitarbeiter und Professoren distanzieren sich nun abrupt von den Protesten der Studierenden und entsagten ihre Unterstützung. Was als breite, über alle Statusgruppen hinweg reichende Front gegen die Sparmaßnahmen begann, endete wenige Tage vor der Landtagsentscheidung faktisch in einem Desaster. Schauen wir zurück: Auf den Demonstrationen im Oktober und November protestierten Studierende, Mitarbeiter und Professoren gemeinsam gegen die geplanten Kürzungen. Dozenten ließen Vorlesungen und Seminare ausfallen, verlegten diese oder beteiligten sich an alternativen Veranstaltungsformen im Rahmen des ‚Aktionsstreiks‘. Senat und Präsidium kamen sogar mit in die Landeshauptstadt, um dort gemeinsam mit den 3.000 Göttinger Studierenden gegen die Kürzungen zu demonstrieren; übrigens als einzige niedersächsische Leitungsorgane. An den anderen Hochschulen sah die Situation eben anders aus: Der Protest der Studierenden, von Beginn an meistens auch auf Sozialabbau und allgemeine Gesellschaftskritik ausgerichtet und auf Konfrontation mit den Hochschulleitungen angelegt, verpuffte überwiegend in hochschulinternen Streitigkeiten. Die protest- und medienwirksame Einigkeit in Göttingen sollte nun leider letzten Montag ebenfalls ihr Ende finden, als ein Teil des Bündnis gegen Bildungsklau – quasi auf der Basis selbstdefinierter Legitimation und ‚nur zum Wohle‘ der Göttinger Studierenden – mehrere Uni-Gebäude verbarrikadierte und Studierende wie Mitarbeiter gegen deren Willen und zum Großteil gegen den eindeutigen Beschluss der Fachschaftsvollversammlungen aussperrte. Es ist schon paradox, dass eine Gruppe, die den Begriff ‚Solidarität‘ in den eigenen Publikationen und Reden so sehr überstrapaziert, nun einen Keil in unsere Uni getrieben hat. Das schreckte gerade in der entscheidenden Phase viele Studierende ab und schwächte die Proteste in erheblichem Maße.“

verlassen, nicht nachgekommen waren, erst nach dem Eintreffen von weiterer Bereitschaftspolizei aus dem Gebäude getragen werden. Dabei wurde nach Auskunft der Polizei „einfache körperliche Gewalt“ angewendet, etwa um die Menschen, die untergehakt auf dem Boden gesessen haben, zu trennen. Schlagstöcke seien nicht zum Einsatz gekommen. Verletzungen, die über ein paar blaue Flecken hinausgehen, gab es offensichtlich nicht. Vor dem Eingang des Oeconomicums protestierten etwa 100 Menschen, darunter Angehörige der Autonomen Szene gegen die Räumung. Dabei kam es zu kleinen Rangeleien zwischen Demonstranten und der Polizei. Rund 200 Schaulustige verfolgten die Räumung.

**StuPa gesprengt, in Mensa gewütet**

Am Montagabend wurde dann die Sitzung des Studierendenparlaments gesprengt. Während eines Wahlgangs bei den Wahlen der studentischen Vertreter im Vorstand des Studentenwerks kamen rund 200 Besetzer und Sympathisanten in den Hörsaal, in dem das Studierendenparlament tagte. Unter großem Gepolze wurde die Box mit den



Größte Demonstration seit vielen Jahren: 8.000 ziehen am 06.11. gegen Sparmaßnahmen vom Campus in die Innenstadt.

**Protest-Doku-CD**

Ab Dienstag, 16.12., will die ADF eine CD mit Info-Material, Fotos und Videos über die Proteste gegen die Sparmaßnahmen in diesem Semester anbieten. Die CD wird es für einen Unkostenbeitrag von 2 Euro geben. Auf der ADF-Homepage [www.adf-goettingen.de](http://www.adf-goettingen.de) werden wir euch über die genauen Orte und Zeiten informieren.

Inhalt der CD:

- Bilder von den Demos am 22. 10., 6. 11. in Göttingen und 12. 11. in Hannover
- Dokumentation von dem Entstehen des Großplakats am Blauen Turm
- Presseecho der letzten Wochen
- Zeitraffervideo von der Sportplatz-Aktion am letzten Dienstag (09.12., 14 Uhr)
- Bilder von den vielen kleinen und großen Aktionen gegen die Sparmassnahmen

bereits abgegebenen Stimmzetteln zerrissen, Stimmzettel gegessen (!) und dem Präsidium sämtliche Unterlagen entrissen. Gegenstände flogen in Richtung Präsidium. Die Parlamentarier von ADF, RCDS, Juso-HSG und LHG verließen daraufhin fluchtartig den Hörsaal. Am selben Abend wurde am Rande einer „Soli-Party“ im Zentralmensafoyer ein erheblicher Sachschaden verursacht. Unbekannte drangen in den Stamm-I-Bereich ein und beschmierten die Wände mit Parolen gegen Räumung und Stiftungsuni. Zusammen mit der aufgebrochenen Tür beläuft sich der Schaden, auch wenn die Spuren bereits am nächsten Vormittag größtenteils wieder beseitigt

werden konnten, laut Studententwerk auf stolze 15.000 €.

Am Dienstag zeigte sich, wie verheerend die Besetzung und die daraus resultierende Räumung auf die Studierenden gewirkt hat. Nur 1.500 Studierende kamen zur Großaktion auf den Sportplatz am IfL, bei dem der Slogan „Qualität und Vielfalt erhalten“ gebildet wurde. Immerhin, schließlich versuchte das inzwischen komplett zerfallene „Bündnis gegen Bildungsklau“ die Aktion zu sabotieren, indem es auf dem Campus ansagte, dass die Aktion ausfallen würde. Dennoch konnte erfolgreich ein letztes Protest-Signal in Richtung Landtag gesendet werden.

Was im Oktober als friedlicher

und kreativer Protest der breiten Masse gegen Kürzungen im Bildungsbereich begann und mit Besetzung und polizeilicher Räumung eine unschöne Wendung nahm, könnte sich jetzt zum Happening einer radikalen

### **Legitimiert? – 361 wollen die Blockade**

Minderheit entwickeln. Auf der Vollversammlung am vergangenen Donnerstag – mit nicht einmal 700 Teilnehmern die am schlechtesten besuchte seit Beginn – stimmten durch „Hammerprung“ 361 Menschen für einen „Blockadestreik“ und 304 dagegen. Die Frage, wie viel Legitimation von einer solchen Vollversammlung ausgehen

kann, bei der nur ein Bruchteil der Studierenden anwesend ist, wurde nicht diskutiert. Selbst das „Bündnis gegen Bildungsklau“ und bekannte Hochschullinke hatten sich zuvor für eine Beendigung des Streiks ausgesprochen. Aus gutem Grund, denn die vergangenen Tage haben gezeigt, dass sich eine deutliche Streikmüdigkeit unter den Studierenden breit gemacht hat.

Da die Kürzungen für 2004 vom Landtag verabschiedet worden sind, stellt sich ohnehin die Frage, was ein unbefristeter Minderheitenstreik überhaupt noch bewirken soll – außer Revolutions-Phantasien auszuleben und dabei die eigenen Kommilitonen erneut zu behindern. ◆

## **InfoBox: Auswirkungen der Sparmaßnahmen im Jahr 2004**

von Ralf Mayrhofer

Wie schon geschildert, hat das Land die Mittelzuweisungen bereits zum Jahr 2004 um 7 Millionen Euro gesenkt. Das stellt die Universität Göttingen vor ein nicht unerhebliches Problem: Knapp 70% der Mittel werden für Personal ausgegeben, welches langfristig und i.d.R. unkündbar eingestellt ist. Der Rest der Mittel fließt in nicht unerheblichem Maße in den Bauunterhalt und in die Energieversorgung. Sofern man in der Uni nicht den Strom und die Heizung abstellen will, bleibt im kommenden Jahr nur wenig Spielraum, da die im HOK und auch von der Universität vorgesehenen, langfristigen Strukturmaßnahmen erst langsam – nach und nach – realisiert werden können, wenn die Stellen durch natürliche Fluktuation und Pensionierungen frei werden. Aus diesem Grund müssen insbesondere im kommenden Jahr in den meisten Bereichen harte Einschnitte auch in den Lehrbetrieb hingenommen werden, die eher zufällig (z.B. Professor X geht in den Ruhestand), aber nicht strukturell begründbar sind. Im Folgenden sollen die wichtigsten Einschränkungen für die Fakultäten (ohne Bereich Humanmedizin) skizziert werden:

### Theologische Fakultät

- Abbau von Doktorandenstellen
- Einschränkungen in der Bibliotheksausstattung

### Juristische Fakultät

- Wahlfach Sozialrecht entfällt mittelfristig
- Einschränkungen in den Kriminalwissenschaften

### Philosophische Fakultät

- Schließung der Studienfächer Sinologie und Japanologie (keine Aufnahme von Erstsemestern mehr)
- Einschränkungen im Lehrbetrieb durch Stellensperren (v.a. in Geschichte, Philosophie und zahlreichen Philologien [Deutsch, Englisch, Romanisch, Slawisch, Klassisch])

### Mathematische Fakultät

- weitere Einschränkungen in der Betreuung der Anfänger
- Verkürzung der Bibliotheksöffnungszeiten

### Fakultät für Physik

- Einschränkungen im Lehrangebot durch Aufschub von Wiederbesetzungen (Geo-, Astro, Festkörper-, Hadronen- und Materialphysik)
- zahlreiche Besetzungssperren für Doktorandenstellen

### Fakultät für Chemie

- Reduktion der Hilfskraftgelder um 25% (ca. 25-30 Hilfskraftstellen)
- erhebliche Reduktion des Betreuungsverhältnis in den Grundstudiumspraktika

### Fakultät für Geowissenschaften

- Einschränkung in den Bereichen Kristallographie, Technische Mineralogie und Wirtschaftsgeographie
- Kürzung des Hiwi-Etats um 15%

### Biologische Fakultät

- Reduktion der Zulassungszahlen um 25% in der Biologie
- Einschränkungen im Studienangebot der Psychologie (insbesondere durch Reduktion der Hilfskraftmittel um 50%)
- Abbau von Doktorandenstellen

### Fakultät für Forstwissenschaften

- Reduktion der Lehrkapazität
- Aufgabe des Schlosses Nienover

### Fakultät für Agrarwissenschaften

- Einschränkungen in den Bereichen Agribusiness und Tropical & International Agriculture
- Wahlangebot im Bereich Agrarökonomie wird stark reduziert

### Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

- Minimalangebot im Wahlfach Sozialpolitik
- Schwächung der Bereiche „Finance“ und „Accounting“

### Sozialwissenschaftliche Fakultät

- Schließung des Studiengangs Medien- und Kommunikationswissenschaften und des Studienfachs Europa- und Nordamerikastudien
- Reduktion der Lehrkapazität in den Sportwissenschaften

# CHIPKARTE ERSETZT PAPIER-STUDENTENAUSWEIS

## UNI FÜHRT MULTIFUNKTIONS-PLASTIKKARTE ZUM SOMMERSEMESTER EIN

von *Andreas Sorge*

Medizin- und Physikstudierende haben sie bereits: Die „Chipkarte für Studierende“, auch „Studi-Card“ genannt, die als Schlüssel zu den elektronischen Zugangssystemen im Physik-Neubau im Nordbereich oder als elektronische Geldbörse beim Bezahlen in den Restaurants und Cafeterien des Klinikums dient. Gleichzeitig fungiert die kreditkartengroße Plastikkarte als SUB-Ausweis.

Nun sollen nach den Plänen der Uni-Leitung alle Studierenden zum kommenden Sommersemester mit der Chipkarte ausgestattet werden und der gelbe Studienausweis aus Papier der Geschichte angehören. Die Karte ist auf der Vorderseite mit Fakultät, Foto, Name, Matrikelnummer und Gültigkeitsdatum sowie auf der Rückseite mit dem SUB-Barcode und dem Unterschriftenfeld versehen. Der Gültigkeitszeitraum wird in einem speziellen Thermodruckverfahren auf die Karte aufgebracht, sodass er jedes Semester aktualisiert werden kann.

Die Karte enthält einen Transponder-Chip, der kontaktlos bis ca. 50 cm ausgelesen werden kann. Die Daten auf dem Chip sind in 16 Sektoren à vier Blö-

cken organisiert. So ist in einem Sektor die Seriennummer der Karte für die elektronische Zutrittsfunktion abgelegt, während die Geldkartenfunktion in zwei weiteren Sektoren beheimatet ist. Der Lese- und Schreibzugriff auf die einzelnen Blöcke erfolgt verschlüsselt. Verschiedene Anwendungen der Chipkarte nutzen unterschiedliche Schlüssel, sodass sie auch nur die für sie relevanten Daten zu Gesicht bekommen und nicht z.B. das Studentenwerk beim Bezahlen in der Mensa die Bibliotheksnummer auslesen kann. Bei der elektronischen Zutrittskontrolle wird vom Kartenleser lediglich die Seriennummer ausgelesen. Das Zutrittssystem gleicht dann mit Hilfe des der Seriennummer zugewiesenen Zugangsprofils ab, ob und wann der Zutritt zu dem entsprechenden Gebäude, Trakt, Institut oder Labor gestattet ist. Eine Verbindung von Kartennummer zum Namen des Karteninhabers ist nur im Ausnahmefall möglich (siehe Info-Kasten).

An sogenannten Service-Points im ZHG, im Nordbereich und im Studentensekretariat wird die Erstaussgabe und Verlängerung der Chipkarte erfolgen. Die Karte



wird dabei permanent mit den Stammdaten und dem SUB-Barcode bedruckt, das Foto wird bei der Erstaussgabe elektronisch am

Service-Point erstellt. Nach Überweisung des Semesterbeitrags wird die Gültigkeit jedes Semester am Service-Point aktualisiert.

In Planung sind aber noch weitere Anwendungen der Chipkarte. So soll möglichst bald auch das Bezahlen in der Mensa mit der bereits auf dem Chip integrierten Geldkartenfunktion möglich sein. Auch die beim Hochschulsport bereits existierenden Kartensysteme können mit auf der Studi-Card integriert werden.

Bei all der Bequemlichkeit, welche die Chipkarte verspricht, müssen wir Studierende darauf achten, dass unsere Rechte beim Umgang insbesondere mit den durch die Zutrittskontrollsysteme gesammelten Daten nicht verletzt werden. So ist z.B. eine zentrale, kontaktlose Erfassung der von Studierenden besuchten Lehrveranstaltungen von vornherein auszuschließen. Die Verhandlungen über eine entsprechende Vereinbarung (siehe Info-Kasten) zwischen AStA und Uni-Leitung werden bald abgeschlossen sein. ♦

### VEREINBARUNG ZWISCHEN AStA UND UNI-LEITUNG: STUDENTISCHE BEAUFTRAGTE SOLLEN DATENSCHUTZ KONTROLLIEREN

Um die durch die Chipkarte entstehenden Nachteile und Datenschutzprobleme zu minimieren, verständigen sich AStA und Uni-Leitung derzeit über eine Vereinbarung, mit der die Bedenken der Studierenden ausgeräumt werden sollen. Die Vereinbarung wird den Umgang mit den durch die Produktion und Verwendung der Chipkarte erzeugten Daten regeln. Vorbild ist die mit dem Personalrat für die Mitarbeiter der Universität bereits abgeschlossene Dienstvereinbarung.

So werden die Zugriffsdaten des Zutrittssystems innerhalb einer Aufbewahrungsfrist gespeichert, um im Fall von Ermittlungen bei Diebstahl oder Beschädigungen die Personen zu ermitteln, die zu dem betreffenden Zeitpunkt das Gebäude betreten haben. In diesem Fall wird der im Zutrittsprotokoll gespeicherten Kartennummer der Name des Karteninhabers zugeordnet. Die Vereinbarung wird nun vorsehen, dass diese Identifikation nur in Beisein von zwei von der Studierendenschaft beauftragten Vertretern erfolgen darf. Diesen studentischen Datenschutzbeauftragte sollen weitere umfassende Informations- und Überwachungsrechte bezüglich des eingesetzten Zutrittssystems eingeräumt werden, so z.B. die Überprüfung der ebenfalls in der Vereinbarung festgelegten maximalen Reichweite der Chipkartenleser, sodass keine Daten ohne Zustimmung des Karteninhabers ausgelesen werden können. Ein weiterer Punkt der Vereinbarung, über dessen Einhaltung die Datenschutzbeauftragten wachen werden: Das Foto, das bei der Produktion der Chipkarte elektronisch gespeichert wird, wird nach Abschluss des Produktionsprozesses zu löschen sein.

Auch in Zukunft, wenn es um die Erweiterung der Chipkartenfunktionalität geht, wird die Vereinbarung ein Mitspracherecht der Studierenden sichern. Bevor nämlich weitere Anwendungen auf dem Chip untergebracht werden, ist die Zustimmung des Datenschutzbeauftragten der Uni erforderlich, und vor dessen Entscheidung sind AStA und studentische Datenschutzbeauftragte zu informieren und zur Entscheidungsfindung beratend hinzuzuziehen.

# 500 EURO IM SEMESTER?

## VERFASSUNGSRICHTER ENTSCHEIDEN ÜBER VERBOT VON ALLGEMEINEN STUDIENGEBÜHREN

von Gerhard Riewe & Andreas Sorge

Sie sind in aller Munde. Viele Politiker und Hochschulpräsidenten propagieren sie als Rettung des Hochschulsystems. Bundesbildungsministerin Bulmahn (SPD) tritt energisch gegen sie ein, ihr Staatssekretär Matschie (ebenfalls SPD) unterschreibt ein Papier, dass ihre Einführung fordert. Es geht um das umstrittenste Thema der Hochschulpolitik dieser Dekade: Studiengebühren.

Im Prinzip ist die Lage eindeutig. Im Hochschulrahmengesetz (HRG) steht: *Das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss (...) ist studiengebührenfrei.*

Beim HRG handelt es sich allerdings um ein Bundesgesetz. Zwar sorgen Kanzler Schröder und Ministerin Bulmahn persönlich dafür, dass die rot-grüne Mehrheit im Bundestag keine Ambitionen hat, das Gesetz zu ändern, aber den meisten unionsgeführten Ländern ist das Gesetz ein Dorn im Auge. Daher haben Bayern und Baden-Württemberg Klage gegen das HRG beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Nach dem Regierungswechsel bei der Landtagswahl im Februar schloss sich auch Niedersachsen dieser Klage an.

In dem Prozess geht es nicht um den Inhalt des Gesetzes. Die Länder bemängeln, dass Hochschulpolitik laut Verfassung Ländersache ist, und der Bund daher kein Recht habe, Studiengebühren generell zu verbieten. Die Regierung in Berlin verweist dagegen auf Artikel 75 des Grundgesetzes. Hier heißt es: *Der Bund hat das Recht (...) Rahmenvorschriften für die Gesetzgebung der Länder zu erlassen über (...) die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens.*

Streitig ist, ob das Verbot der Studiengebühren zu den „allgemei-

nen Grundsätzen“ gehört oder nicht. Ob die klagenden Länder die notwendigen fünf der acht Karlsruher Richter überzeugen können, wird sich also erst mit dem Urteilsspruch herausstellen, der wahrscheinlich im zweiten Quartal des kommenden Jahres erfolgen wird.

Wird das HRG in der jetzigen Form für verfassungskonform erklärt, wird es sicherlich bis zur nächsten Bundestagswahl 2006 in der jetzigen Form bestehen bleiben. Mit konkreten Veränderungen für die Studierenden wäre dann frühestens Ende 2007 zu rechnen.

Sollte das HRG allerdings gegen die Verfassung verstoßen und deshalb ungültig sein, würde die Debatte im kommenden Jahr an Schärfe gewinnen. Verschiedenste Modelle liegen bereits in den Schubladen. Beispiel „Bildungskredit“: Während der Studienzeit muss nichts gezahlt werden. Für jedes Semester wird aber ein bestimmter Betrag fällig. Dieser muss dann nach dem Studium in Raten zurück gezahlt werden.

Umstritten unter den Befürwortern ist, wer die Höhe der Gebühren festsetzen sollte. Eine vom Land festgesetzte, gleich hohe Gebühr für alle Fächer und Unis eines Landes steht dabei im Gegensatz zu dem Modell, jede Universität selbst entscheiden zu lassen, wie viel Gebühren sie für einzelne Studiengänge verlangt.

Darüber, dass die Gebühren komplett den Universitäten zu Gute kommen müssen und ein Stipendiensystem sicherzustellen hat, dass niemand aus sozialen Gründen nicht studieren kann, sind sich fast alle Befürworter einig. Kritiker argumentieren, dass jedes Gebührensystem, das auch nach Verwaltungskosten einen nennenswerten Betrag erwirtschaften solle, eine soziale Schwelle darstelle. Außerdem könne nicht gewährleistet werden, dass sich Gebühreneinnahmen nicht auf die staatliche Finanzierung auswirken würde. ♦

### S t a n d p u n k t

#### DERZEITIGE KONZEPTE BIETEN NICHT MEHR ALS LEERE WORTHÜLSEN 500 Euro würden gerade einmal die gerade beschlossenen Kürzungen abfedern

Jeder, der heute die Einführung von allgemeinen Studiengebühren fordert, will die Zustimmung der Studierenden durch die Einrichtung eines Systems aus Stipendien oder Bildungskrediten zur nachgelagerten Studiengebührenerhebung erreichen. Bis jetzt hat aber noch kein Studiengebührenbefürworter ein solches wirklich zu Ende gedachtes Konzept vorgelegt. Man denke nur z.B. einmal dran, wie hoch die Hürde und wie kompliziert es heute ist, in den Genuss eines anständigen BAföGs zu kommen. Wie die niedersächsische Landesregierung mit den Einnahmen aus Studiengebühren in Zeiten knapper Kassen umzugehen gedenkt, wissen wir bereits: Kurzerhand wurden die Einnahmen aus den Langzeitstudiengebühren, die ursprünglich wie im Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) vorgesehen den Hochschulen zur Verbesserung der Studienbedingungen zugute kommen sollten, zum Stopfen von Löchern im Landeshaushalt 2003 verwendet.

Hinzu kommt, dass Studiengebühren in dem angedachten Rahmen von bis zu 500 Euro pro Semester selbst bei 20.000 Rest-Studierenden (an der Uni Göttingen sind derzeit ca. 24.000 immatrikuliert) gerade einmal die von der Landesregierung mittelfristig vorgesehene jährliche Kürzungsrate von knapp 18 Millionen Euro auffangen würden. Eine Verbesserung der Studienbedingungen ist folglich nicht zu erwarten. Nicht einmal der jetzige Status quo könnte erhalten werden, wenn angesichts leerer Kassen die Landeszuschüsse an die Hochschulen weiter gekürzt werden, wenn die Hochschulen erst einmal Einnahmen aus Studiengebühren aufweisen können. Um der Hochschule signifikante Einnahmen zu erbringen, müssten die Studierenden schon einen deutlich höheren Betrag entrichten. So ist zu vermuten, dass die anvisierten 500 Euro erst der Anfang sein würden.

Studiengebühren als Mittel zur Hochschulfinanzierung können also aufgrund der derzeitigen Konzeptlosigkeit wohl kaum ernsthaft zur Debatte gestellt werden. Hinzu kommen die durch Studiengebühren verursachten bzw. verschärften Probleme: Studiengebühren schrecken Studieninteressierte ab. In Deutschland gibt es aber schon jetzt zu wenig Akademiker, obwohl nachgewiesenermaßen ein Zusammenhang zwischen Anzahl der Akademiker und dem Wirtschaftswachstum besteht.

Diejenigen, deren Eltern die Studiengebühren übernehmen, werden in ihrer Entscheidung für einen Studiengang noch abhängiger. Wohin werden einige bis viele Eltern tendieren, wenn sie bei der Ausfinanzierung des Studiums die Wahl zwischen einem „anständigen“ Studienfach wie z.B. Jura oder BWL oder einem „Orchideenfach“ wie Finnisch-Ugrische Philologie oder Altorientalistik haben?

Der durch die Gebühren erzeugte Druck auf die Studierenden wird zu einer Verkürzung der durchschnittlichen Studiendauer führen. So wünschenswert das sein mag: Viele Studierende werden unter dem Gebührendruck kaum noch Wert auf Bildung außerhalb ihres Fachgebiets und den Erwerb von Zusatzqualifikationen legen können und daher ein Schmalspurstudium durchziehen müssen.

Wir setzen uns im Interesse der Studierenden differenziert und sachlich mit dem komplexen und auch ideologisch besetzten Thema Studiengebühren auseinander. Unter anderem aus den geschilderten Gründen lehnen wir Studiengebühren ab.

# KURZ BERICHTET...

## ZENTRALE UNIVERSITÄTS-FRAUENBEAUFTRAGTE FRAU DR. KIRSCH-AUWÄRTER VOM SENAT BESTÄTIGT

Die amtierende zentrale Frauenbeauftragte Frau Dr. Kirsch-Auwärter wurde auf der Sitzung des Senats der Universität am 10.12. für weitere vier Jahre in ihrem Amt bestätigt. Die Amtszeit wäre sonst am 15.04.2004 ausgelaufen.

Die zentrale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Universität nimmt die Belange der Hochschulfrauen an der Universität und in der Gesellschaft wahr und wirkt auf



die Erfüllung des Gleichstellungsauftrags hin. Sie arbeitet insbesondere bei der Entwicklungsplanung, bei der Erstellung des Frauenförderplans sowie bei Struktur- und Personalentscheidungen – insbesondere Berufungen – mit und hat in allen universitären Gremien, wie Senat, Senatskommissionen und Stiftungsrat ein beratendes Stimmrecht, in Berufungsverfahren sogar ein Vetorecht.

## GÖTTINGER TIERMEDIZINER FORDERT EFFIZIENTERE METHODEN ZUR BSE-BEKÄMPFUNG

Angesichts des Auftretens untypischer Fälle von BSE bei sehr jungen Rindern in Frankreich und Japan, die durch die bisherigen Testschemata nicht erfasst werden, hat der Direktor des Tierärztlichen Instituts der Universität Göttingen, Prof. Brenig, jetzt effizientere Methoden zur Identifikation von Risikotieren gefordert. Er stellt dazu in der aktuellen Ausgabe des „New Food Magazine“ einen an der

Georg-August-Universität entwickelten Bluttest für lebende Tiere vor, mit dem auch bei jüngeren Rindern Risikotiere identifiziert werden können. „Eine einfache Blutprobe reicht aus, um in so genannten Mikrovesikeln Nukleinsäuren nachzuweisen, die mit dem Risiko, an BSE zu erkranken, signifikant assoziiert sind“, erläutert Prof. Brenig das Verfahren, das in den USA patentiert ist.

## RCDS BUNDESWEIT FÜR STUDIENGEBÜHREN

Das neue Glanzstück des Bundesverbandes des RCDS ist unter [www.studiengebuehren.de](http://www.studiengebuehren.de) abrufbar. Der CDU-Nachwuchs möchte sich mal wieder mit einer medienwirksamen Aktion bei seiner Mutterpartei profilieren. Wie man es vom RCDS nicht anders gewohnt ist, sind ausgereifte inhaltliche Konzepte da natürlich völlig fehl am Platz. In den Forderungen für Studiengebühren taucht eine soziale Komponente gar nicht erst auf, stattdessen soll's ein „Fleißstipendium“ für gute Noten richten. So ist sich die RCDS-Bundesvorsitzende Barbara von Wnuk-Lipinski (siehe Foto, sic!) auch nicht zu schade, sich im hautengen Shirt zu präsentieren, um der Kampagne gegen die eigenen Kommilitonen auch noch den letzten Hauch von Seriosität zu nehmen. Immerhin versucht der Göttinger RCDS zurzeit noch

krampfhaft, sich glaubwürdig gegen Studiengebühren auszusprechen. Ob er allerdings angesichts der „hervorstechenden“ Argumente von „Babsi“ noch lange widerstehen kann? Das T-Shirt kann man übrigens für 15 Euro per Email unter [versand@rcds.de](mailto:versand@rcds.de) bestellen.



## 8,52 MIO. EURO FÜR DIE UNI GÖTTINGEN

Forschungsfördergelder in Höhe von rund 8,52 Millionen Euro erhält unsere Universität aus dem Niedersächsischen Vorab, das aus den Dividenden der VW-Aktien im Landeseigentum gespeist wird.

Das Kuratorium der VolkswagenStiftung hat diese Mittel für 16 Projekte und Einrichtungen in seiner dritten und letzten Sitzung im Jahr 2003 bewilligt. Die größte Einzelförderung erhält das Europäische Neurowissenschaftliche Institut (ENI) des Bereichs Humanmedizin mit einer Fördersumme von 4,62 Mio. Euro. Überdies erhalten u.a. das Institut für Mikrobiologie und Genetik zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur knapp 1,8 Mio. Euro, das Geowissenschaftliche Zentrum (GWZ) knapp 150.000 Euro für die Anschaffung eines

Feldmessfahrzeuges und anderer Geräte, die TSE-Koordinierungsstelle im Bereich Humanmedizin 330.000 Euro, der niedersächsische Forschungsverbund „Technikentwicklung und gesellschaftlicher Strukturwandel am Anfang des 21. Jahrhunderts“ unter der Federführung unseres Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) weitere 360.000 Euro und das XLAB – das Göttinger Experimentallabor für junge Leute – zur Finanzierung von Personal und Ausstattung 250.000 Euro. Weiterhin werden das Tierärztliche Institut, die Abteilung Biochemie, die Kinderheilkunde, der Sonderforschungsbereich „Stabilität von Randzonen tropischer Regenwälder in Indonesien“ an der Fakultät für Forstwissenschaften und das Institut für Organische Chemie gefördert.

## 1,55 MIO. EURO PREISGELD FÜR PHYSIKER

Der Göttinger Physiker Prof. Dr. Konrad Samwer ist Preisträger im Gottfried Wilhelm Leibniz-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für das Jahr 2004. Der am I. Physikalischen Institut der Universität Göttingen arbeitende Wissenschaftler erhält damit den höchstdotierten deutschen Förderpreis für sein breites Spektrum an Forschungen auf dem Gebiet der Festkörperphysik, die stark von materialwissenschaftlichen Aspekten

geprägt sind. „Hervorzuheben sind insbesondere seine Arbeiten zur Physik der Gläser. Bahnbrechend war die Entdeckung des kolossalen Magnetwiderstandes in Manganat-Schichtstrukturen, die international ein neues Forschungsgebiet eröffnet hat“, heißt es in der Würdigung der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Das Preisgeld in Höhe von 1,55 Millionen Euro ist für die Finanzierung seiner weiteren Wissenschaftsaktivitäten vorgesehen.

## UNIVERSITÄTEN VON TORUN UND GÖTTINGEN UNTERZEICHNEN HOCHSCHULVERTRAG

Die Nikolaus-Kopernikus-Universität Torun (Polen) und die Georg-August-Universität Göttingen wollen ihre akademische Zusammenarbeit weiter ausbauen. Einen entsprechenden Hochschulvertrag haben der Rektor der polnischen Universität, Prof. Dr. Jan Kopcewicz, und der Göttinger Präsident Prof. Dr. Horst Kern Mitte November unterzeichnet. Im Mittelpunkt des Abkommens stehen die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Forschung sowie die Intensivie-

rung des Austausches von Wissenschaftlern und Studierenden. Dafür sollen unter anderem über Forschungsprojekte sowie Mobilitätsprogramme der Europäischen Union gemeinsam Gelder eingeworben und Abschlüsse und Studienleistungen gegenseitig anerkannt werden.

Die Städte Göttingen und Torun sind seit 25 Jahren durch eine Städtepartnerschaft miteinander verbunden. Auch zwischen den Universitäten gibt es langjährige wissenschaftliche Kontakte.

**SENAT VERABSCHIEDET WIRTSCHAFTSPLAN 2004**

Auf seiner Sitzung am vergangenen Mittwoch hat der Senat der Universität nach 6-stündiger Beratung zusammen mit den von den Fakultäten vorgelegten Einsparungskonzepten und dem Zielvereinbarungsentwurf für das Jahr 2004 auch den Wirtschaftsplan für das nächste Jahr festgestellt. Dieser muss nun noch vom Präsidium beschlossen und vom Stiftungsrat genehmigt werden. Der Wirtschaftsplan für die Universität ohne den Bereich Humanmedizin weist neben

dem Landeszuschuss, der mit knapp 196 Mio. Euro trotz Einsparungen aufgrund von Nachzahlungen aus den Jahren 2001 und 2002 deutlich höher ausfällt als im Jahr 2003, u.a. auch geplante Einnahmen aus Drittmitteln in Höhe von 44 Mio. Euro und Einnahmen aus Gebühren und Entgelten in Höhe von 20 Mio. Euro aus.

Davon werden rund 68 % für Personal, 29% für Sachmittel und 3% für die Bauunterhaltung verwendet.

**ADF FEIERTE AM 29.11. ZEHNJÄHRIGES JUBILÄUM**

Am 29. November diesen Jahres feierte die ADF ihr zehnjähriges Jubiläum. 10 Jahre ADF – das sind 10 Jahre Erfolgsgeschichte für die unabhängige Vertretung studentischer Interessen an der Universität Göttingen. Klein haben wir vor zehn Jahren begonnen, ohne Partei im Hintergrund, ohne ideologisch motivierte Geldgeber. Erstmals konnte das starre Links-Rechts-Schema in der Hochschulpolitik aufgebrochen werden, da die ADF von Anfang an bereit war, mit allen demokratisch agierenden

Gruppen an der Uni zusammenzuarbeiten. Unser Konzept hat überzeugt: Arbeit von Studierenden für Studierende, Vertretung studentischer Interessen statt Parteikarriere oder allgemeinpolitischen Abhandlungen und Protesten gegen Castortransporte, "Polizeistaat" und Kapitalismus. Nun sind wir mit über 200 Mitgliedern die größte studentische Gruppe in Göttingen und entscheiden in allen wichtigen Gremien der Universität und der Studierendenschaft im Interesse der Studierenden mit. Auch an fast allen Fakultäten sind wir vertreten: Ob mit der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Wirtschaftswissenschaftler (ADW), der Demokratischen Aktion Fachschaft (DAF) bei den Juristen, den Unabhängigen Medizinern (UM'er), den Unabhängigen Landwirten (UL) und der Unabhängigen Fachschaftsgruppe für Informatiker und Mathematiker (UFIM) oder – neu in diesem Jahr – den Unabhängigen Physikstudierenden (UPS), der Demokratischen Aktion Sowi (DAS!), den Unabhängigen Hist.-Phil.'ern (UHP) und den Unabhängigen Biologen (UBi). Im Studierendenparlament (StuPa) sind wir in diesem Jahr mit 17 von 48 Sitzen und somit als größte Fraktion vertreten.

**IMPRESSUM****Redaktion**

Andreas Lompe, Ralf Mayrhofer,  
Gerhard Riewe, Heiko Schönfeld,  
Andreas Sorge

**Chefredakteur / Layout**

Ralf Mayrhofer (V.i.S.d.P.)

**Auflage**

6.000 Exemplare

**ADF**

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer  
Fachschaftsmitglieder  
c/o FSR Wiwi

Platz der Göttinger Sieben 3  
37073 Göttingen

[www.adf-goettingen.de](http://www.adf-goettingen.de)

Anmerkungen der Redaktion: Trotz der hier verwendeten männlichen Formen, wie z.B. 'der Leser', sind die weiblichen Counterparts natürlich ebenso gemeint. Die Redaktion hat auf den Text verunstaltende Konstruktionen, wie 'der/die LeserIn', 'der/die Leser(in)' oder gar 'der Leser / die Leserin', bewusst verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

[www.discofun.de](http://www.discofun.de)

# Mittwochs

# Dagobert

meets Studentenparty

**NEU!**

**Der Hammer!**  
**Jedes offene Getränk**  
**nur 99 Cent!!**

**Zivis und Studenten**  
**erhalten Bonus-Ticket**  
**für nur 2,- Euro!!**

**Pflichttag für Studenten**  
**und Zivis in Göttingen!!**

**Ticket 3,- Euro**

Tanzhaus  
**Alpenmax**  
der Gipfel des Vergnügens



**Tanzhaus Alpenmax • Weender Landstr. 3-7 • 37073 Göttingen**